



## Medienmitteilung

Zürich, 6. Oktober 2022

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **KJS: Nicht-Leistungs-Verfahren sollen im Grundsatz weiterhin kostenlos bleiben**

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 6 Stimmen, der Vorlage für eine Änderung des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (GSVGer) betreffend Verfahrenskosten zuzustimmen ([5806](#)). Die Änderung wird nötig, weil seit Anfang 2021 aufgrund einer Änderung des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) die Kosten für Nicht-Leistungs-Verfahren bundesrechtlich nicht mehr geregelt sind. Der Wortlaut des geltenden GSVGer erlaubt neu die Folgerung, dass diese Verfahren kostenpflichtig sind. Dies war bei Erlass des Gesetzes aber nicht beabsichtigt. Die Kommissionsmehrheit lehnt die Einführung einer Kostenpflicht ab und beantragt deshalb, das GSVGer entsprechend zu ändern. Eine Kommissionsminderheit (FDP und SVP) möchte hingegen als Grundsatz neu die Kostenpflicht festlegen.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

#### **KJS: Opferschutz soll durch verschiedene gesetzliche Anpassungen optimiert werden**

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, der Vorlage für eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Opferhilfegesetz (EG OHG) betreffend Finanzierungsmodell, Schutzunterkünfte und Zusammenarbeit mit Dritten zuzustimmen ([5823](#)). Neu soll unter anderem die leistungsorientierte Finanzierung der Opferberatungsstellen auf Gesetzesstufe verankert werden. Des Weiteren beinhaltet die Anpassung auch eine ausdrückliche Verpflichtung zur Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Not- und Schutzunterkünften gemäss Vorgaben der Istanbul-Konvention. Eine Kommissionsminderheit (SVP und FDP) ist bezüglich der Beratungsstellen zwar nicht gegen eine Einschränkung auf nicht-gewinnorientierte private Organisationen, wie es der heutigen Praxis entspricht. Allerdings möchte sie nicht, dass man sich gesetzlich auf diese beschränkt, wie das der Regierungsrat vorschlägt.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

#### **KEVU: El gegen kommerziellen Jet-Flugbetrieb in Dübendorf ist überholt**

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Einzelinitiative «Nur-Ein-Flughafen-Initiative» abzulehnen ([5774](#)). Mit der Initiative wird verlangt, dass im Kantonsgebiet nur ein Flughafen für den gewerbsmässigen Verkehr von Düsenflugzeugen betrieben wird. Der Fokus der Initiative richtet sich konkret gegen einen kommerziellen Flugbetrieb mit Düsenflugzeugen auf dem Flugplatz in Dübendorf. Die Zukunft des Flugplatzes Dübendorf wird in Verbindung mit einem Innovationspark gesehen und mit den Vorlagen [5819](#), [5820](#) und [5821](#) entschieden werden, für deren Beratung eine Spezialkommission eingesetzt worden ist. Das Anliegen des Einzelinitianten, einer Person aus der Stadt Zürich, ist somit überholt. Als problematisch wird



von der KEVU nicht zuletzt auch der unklare Interpretationsspielraum des Initiativtextes auf Verfassungsstufe gesehen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

#### **KEVU: Wettbewerb mit ausserkantonalen Entsorgern spielt kaum**

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das dringliche Postulat betreffend «Ausserkantonale Entsorgung» von EVP-Kantonsrat Daniel Sommer als erledigt abzuschreiben ([5779](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert darzulegen, unter welchen Bedingungen ausserkantonale Standorte von Abfallanlagen festgesetzt und in der kantonalen Abfallplanung berücksichtigt werden. Die Regierung zeigte auf, dass eine ausserkantonale Abfallentsorgung für Zürcher Gebiete mit kurzen Transportwegen zu solchen Anlagen möglich ist, wenn sie zu keiner ökologischen Verschlechterung führt und eine interkantonale Vereinbarung über 20 Jahre abgeschlossen werden konnte. De facto spielt der erwünschte Wettbewerb der Anbieter für die Gemeinden unter diesen Bedingungen aber kaum.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

#### **KBIK: Digitaler Wandel an den Mittel- und Berufsfachschulen**

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt einstimmig, das Postulat betreffend «Digitalisierung Mittel- und Berufsfachschulen» von Kathrin Wyder, Kantonsrätin der Mitte, als erledigt abzuschreiben ([5747](#)). Gemäss der Strategie zur Förderung des digitalen Wandels sollen die 39 Schulen der Sekundarstufe II mit leistungsfähiger Informations- und Kommunikationstechnologie versorgt werden. Die neuen Technologien werden durch rund 60'000 Schülerinnen, Schüler und Lernende genutzt. Neben technischen Aspekten sollen neue Formen des Lehrens und Lernens mit digitalen Hilfsmitteln gefördert werden. Für die Lehrpersonen und weiteres Personal auf Sekundarstufe II, rund 7000 Personen, soll es ein Aus- und Weiterbildungsangebot zur Stärkung ihrer digitalen Kompetenzen geben. Die Strategie soll schrittweise innert sechs Jahren umgesetzt werden.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

#### **KSSG: Angebote zur Entlastung von pflegenden Angehörigen schwerkranker Kinder**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen, die Einzelinitiative «Kinderhospiz Zürich» eines Bürgers aus Neerach abzulehnen ([5775](#)). Der Einzelinitiant verlangt die Schaffung eines kantonalen Kinderhospizes, dessen Aufgabe die palliative Pflege von unheilbar kranken Kindern mit kurzer Lebenserwartung und Begleitung ihrer Familien ist. Die KSSG hat den Bedarf für die Schaffung und Förderung von ambulanten und stationären Angeboten für schwerkranke Kinder auf kantonaler Ebene festgestellt und nimmt das Anliegen des Einzelinitianten mit einem Postulat an die Regierung auf. Die Schaffung einer kantonalen oder interkantonalen Einrichtung kann zielführend sein. In welcher Form und an welchem Standort soll geprüft werden.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00



### **KSSG: Keine Standesinitiative zur Sicherung der Versorgung mit Medikamenten**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die parlamentarische Initiative «Standesinitiative zur Sicherung der Versorgung mit Medikamenten und Wirkstoffen» von Grünen-Kantonsrätin Jeannette Büsser abzulehnen ([KR-Nr. 172/2020](#)). Mit der PI wird verlangt, dass die Verantwortung und die Kompetenz zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit wichtigen Arzneimitteln vom Bund übernommen und entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Die Mehrheit der Kommission weist auf die diesbezüglich bereits laufenden Aktivitäten auf nationaler Ebene hin und sieht deshalb keine Notwendigkeit für die Einreichung einer Standesinitiative. Das Thema sei beim Bund sowohl in der Gesetzgebung als auch bei effektiven Versorgungsüberlegungen bereits aufgenommen worden. Eine Minderheit (Grüne, SP, GLP und EVP) sieht einen dringend notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf, da die Zuständigkeit für die Versorgung mit Arzneimitteln bei den Kantonen liege und der Bund nur über beschränkte Kompetenzen in eng umschriebenen Teilbereichen verfüge (z.B. im Fall einer schweren Mangellage).

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

### **KSSG: Postulat zu kostenlosen Corona-Tests ist gegenstandslos geworden**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von SVP-Altkantonsrat Benjamin Fischer betreffend Kostenlose Corona-Tests bis 25 Jahre als erledigt abzuschreiben ([5832](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, Corona-Tests für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich bis zum Alter von 25 Jahren weiterhin kostenlos zur Verfügung zu stellen sowie sicherzustellen, dass weiterhin ausreichend Testmöglichkeiten für die Bevölkerung bestehen, solange eine staatliche Zertifikatspflicht gilt. Die KSSG nimmt die Postulatsantwort des Regierungsrates zur Kenntnis. Da der Bund, gestützt auf die Covid-19-Verordnung 3, nach wie vor für alle Altersgruppen die Kosten von individuellen PCR-Tests übernimmt bei Personen mit Symptomen oder solchen, die engen Kontakt mit einem bestätigten Fall hatten oder sich auf Anweisung einer Ärztin oder eines Arztes testen lassen, sowie zur Auflösung von positiven PCR-Pooltests, ist das dringliche Postulat gegenstandslos geworden.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

### **FIKO: Postulat Beeinflussbarkeit des Staatshaushalts soll abgeschrieben werden**

Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das von ihr eingereichte Postulat betreffend «Beeinflussbarkeit des Staatshaushalts» als erledigt abzuschreiben ([5776](#)). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat gebeten, die Beeinflussbarkeit des Staatshaushalts in den einzelnen Leistungsgruppen zu schätzen. Dies machte er anhand des Budgets 2021. Die Ergebnisse zeigen, dass der Kanton Zürich über seine eigene Gesetzgebung den Grossteil seines Budgets steuern kann. Auf der Aufwandseite kann der Kanton Zürich 61 Prozent direkt beeinflussen und auf der Ertragsseite 81 Prozent. Wesentliche Weichenstellungen für die Entwicklung des Finanzhaushalts erfolgen über die Entscheide des Kantonsrates zu den beantragten gesetzlichen Grundlagen und darauf beruhende Ausgabenbeschlüsse sowie in einem geringeren Mass durch Änderungen von Bundesgesetzen. Im Rahmen der diesjährigen Beratungen zum Geschäftsbericht 2021 wurden die Sachkommissionen und die Justizkommission eingehend von den Referentinnen und Referenten der FIKO über die



gewonnenen Erkenntnisse informiert. Damit einher ging auch eine entsprechende Sensibilisierung für die nun laufenden Beratungen des Budgets 2023.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

**WAK: Wanderhindernisse für Wildtiere sollen behoben werden**

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Grünen-Kantonsrat Thomas Forrer betreffend Behebung von Wanderhindernissen für Wildtiere als erledigt abzuschreiben ([5795](#)). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat eingeladen, in einem Bericht darzulegen, wie er die bedeutendsten künstlichen Wanderhindernisse zu beheben plant und welche finanziellen Mittel dazu nötig sind. Laut Regierungsrat sind dazu zum einen bauliche Massnahmen wie Wildtierüber- oder -unterführungen in sogenannten Wildtierkorridoren (WTK) erforderlich. Zum anderen sind auch grossräumige Vernetzungsprojekte (z. B. von Wald zu Wald) notwendig. Für die Planung und Umsetzung solcher Projekte sind beim Kanton 160 Stellenprozente sowie rund 46 Millionen Franken über einen Zeitraum von 25 Jahren erforderlich. Die WAK nimmt zur Kenntnis, dass für Bau- und Vernetzungsprojekte im Zuständigkeitsbereich des Kantons die erforderlichen Mittel im Budget sowie im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) eingestellt werden müssen.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

*Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*